

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 04/2014 vom 05. Juni 2014, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Beat Grimm, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Renate Schneider

Entschuldigt

Stadträtinnen Susanna Ernst-Reusser und Daniela Weber, Stadtrat Andreas Kübli

Schluss der Sitzung 20:15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie Beat Grimm als neues Stadratsmitglied willkommen und wünscht ihm für seine Arbeit im Rat viel Befriedigung.

29. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 27. März 2014

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

30. Stadträtliche Kommission

Ersatzwahl SAKO Stadtentwicklung anstelle von Heinz Schürch (SVP)

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt *Daniela Weber (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 lit. b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Wahlvorschläge der SVP, beschliesst:

In die Sachkommission Stadtentwicklung wird als Mitglied anstelle von Heinz Schürch (SVP) per sofort gewählt: Daniela Weber (SVP).

31. Jahresbericht 2013; Stand der hängigen Motionen und Postulate

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 06/2014

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, beantragt, Vorstoss Nr. 16, P 8/2012 betreffend zeitgemässe, attraktive und sichere Spielplätze, noch nicht abzuschreiben. Die zuständige SAKO Bau und Liegenschaften sollte vorgängig über das erwähnte Konzept und über die Umsetzung informiert werden.

Der Rat nimmt den Antrag der Fraktion der Mitte, Vorstoss Nr. 16 (P 8/2012) nicht abzuschreiben, einstimmig an.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, beantragt, Vorstoss Nr. 9, P 21/2012 betreffend Stellenüberprüfung in allen Direktionen, nicht abzuschreiben. Die Fraktion erachtet die Anliegen des Postulats als nicht vollständig erfüllt.

Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, Vorstoss Nr. 9 (P 21/2012) nicht abzuschreiben, mit 21 : 16 Stimmen ab.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. April 2014, beschliesst:

1. Vom Stand der hängigen Motionen und Postulate wird Kenntnis genommen.
2. Die Vorstösse Nrn. 5, 6, 9, 17, 18, 24, 33, 34 und 37 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

32. Jahresrechnung und Jahresbericht 2013

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 09/2014

a) Eintretensdebatte

Stadtpräsident Raphael Lanz weist auf das ausgeglichene Ergebnis des Budgets 2013 sowie der Rechnung 2013 hin. Im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Bern sieht die finanzielle Situation der Stadt Thun solid aus. Die transparent dargelegten Abschlussbuchungen zeigen den Ertragsüberschuss von rund 2,4 Mio. Franken auf. Die Fragen der Sachkommissionen konnten beantwortet werden.

Konrad Hädener, **BRK**, anerkennt das ausgeglichene Ergebnis, welches jedoch nur mit Erläuterungen richtig interpretiert werden kann. Die BRK ist zum Schluss gekommen, dass die Abschlussgestaltung angemessen und gerechtfertigt ist. Bemängelt wird der Erfüllungsgrad der Investitionen. Im Rechnungsjahr 2013 hat der Realisierungsgrad ein Rekordtief von 45 % erreicht. Der Investitionsanteil ist seit 10 Jahren ungenügend und hat kontinuierlich abgenommen. Der Gemeinderat konnte keine konkreten Gegenmassnahmen aufzeigen, jedoch soll eine Analyse durchgeführt werden. Die BRK erwartet an der Budgetsitzung im November 2014, dass die Verlässlichkeit der geplanten Investitionen belegt wird. Durch die Verschiebung der Investitionen werden zukünftige Rechnungsabschlüsse belastet. Die BRK empfiehlt das Eintreten auf das Geschäft und das Zustimmung in allen Punkten. Die Fragen der BRK sind vollständig beantwortet worden. Er dankt den Beteiligten für die qualitativ guten Unterlagen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, macht auf die Budgetdebatte 2013 aufmerksam und dankt allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihr Mitwirken am ausgeglichenen Rechnungsergebnis. Die Investitionen sind wiederum deutlich geringer als geplant, was die Rechnung zwar kurzfristig entlastet, jedoch den Aufwand für eine spätere Realisierung verteuern lassen könnte. Die Investitionstätigkeit ist als gering zu bezeichnen. Dank dem tiefen Zinsniveau ist die Zinsbelastung für die Stadt historisch tief. Während der Steuerertrag bei den natürlichen Personen tendenziell unverändert ausfällt, sind die Schwankungen bei den juristischen Personen deutlich grösser. Die Fraktion würdigt den haushälterischen Umgang mit den Stadtfinanzen und folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, beurteilt die Finanzpolitik der Stadt Thun als sehr vernünftig. Die Entwicklung des Bruttoverschuldungsgrades ist erfreulich. Das Fremdkapital konnte zu günstigen Konditionen aufgenommen werden. Jährlich werden mehrere Mio. Franken in die Spezialfinanzierungen eingelegt. Diese Gelder werden in Thun sinnvoll eingesetzt. Ein grosses Anliegen der Fraktion ist der konsequente Abbau von Altlasten mit Restkrediten. Im Jahr 2013 wurde dies erfolgreich umgesetzt. Die Fraktion dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und empfiehlt die Jahresrechnung 2013 zur Genehmigung.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, erachtet ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis in der heutigen Gemeindelandschaft als eine Rarität. Das Resultat ist grundsätzlich zufriedenstellend. Der Schuldenbestand von rund 100 Mio. Franken ist erfreulich tief. Die Fraktion Grüne dankt allen Beteiligten und stimmt allen Anträgen einstimmig zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den guten Bericht. Das Ergebnis ist zwar ausgeglichen, jedoch konnten weniger Einlagen in die Spezialfinanzierungen getätigt werden. Die Investitionstätigkeit war wiederum sehr tief. Der rückläufige Ferien- und Überzeitsaldo ist erfreulich. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, anerkennt die geleistete Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung. Die Fraktion weist auf folgende erwähnenswerte Punkte hin: Das Ergebnis ist zwar ausgeglichen, jedoch konnten weniger Rückstellungen als 2012 gebildet werden. Die steigenden Lastenausgleichszahlungen stellen eine Belastung dar. Die anwesenden Gross- und Nationalratsmitglieder werden aufgefordert, sich in diesen Gremien gegen die Erhöhung der Lastenausgleichszahlungen einzusetzen. Die Investitionstätigkeit ist unbefriedigend. Es braucht eine Analyse, welche bei der Budgetierung 2015 vorliegt.

Die Stadtratspräsidentin stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist.

b) Detailberatung

A Allgemeine Berichterstattung
Keine Bemerkungen.

B Jahresrechnung 2013
Keine Bemerkungen.

C Produktgruppen-Rechnungen 2013

Direktion Präsidiales und Finanzen

Claude Schlapbach, **SAKO P+F**, dankt für den selbsterklärenden Bericht und für die zufriedenstellende Beantwortung aller Fragen. Die SAKO P+F empfiehlt den Bericht einstimmig zur Genehmigung.

Direktion Bau und Liegenschaften

Keine Bemerkungen.

Direktion Bildung Sport Kultur

Keine Bemerkungen.

Direktion Sicherheit und Soziales

Keine Bemerkungen.

Direktion Stadtentwicklung

Keine Bemerkungen.

Stadtpäsident Raphael Lanz unterstreicht das hohe Kostenbewusstsein in der Stadtverwaltung. Der beeinflussbare Sachaufwand liegt im Rechnungsjahr 2013 wiederum unter den Budgetwerten. Der Gemeinderat hält einen höheren Realisierungsgrad bei den Investitionen für vordringlich. Die Abweichungen werden analysiert und dem Stadtrat anlässlich der Budgetdebatte im November 2014 präsentiert. Der Gemeinderat ist über das Vertrauen des Stadtrates sowie der Bürgerinnen und Bürger in die Führung des städtischen Finanzhaushaltes erfreut.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a und 40 lit. i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglementes und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2013, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 1'332'403.50 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2013, Konto 1740.363.10 für die Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen im Ausmass der effektiven Bauausgaben und eine zusätzliche Einlage von 0,8 Mio. Franken.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 9'539'578.18 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon Fr. 9'500'138.18 gebunden und Fr. 39'440.00 neu.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 384'016.35 in der Kompetenz der Direktion Präsidiales und Finanzen (gemäss SW 2), davon Fr. 342'978.20 gebunden und Fr. 41'038.15 neu.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2013, welche bei einem Aufwand von Fr. 273'255'264.94 und einem Ertrag von Fr. 273'255'264.94 ausgeglichen abschliesst.
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2013 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von total je Fr. 286'581.65 ausgeglichen abschliesst.
6. Genehmigung des Jahresberichtes 2013.

33. Schlossmuseum Thun (SMT)

Erhöhung Stadtbeitrag an Stiftung Schlossmuseum Thun von bisher CHF 124'200 auf neu CHF 204'200 (Bewilligung eines Nachkredites) und Verpflichtungskredit von CHF 200'000 für die Ausstellungserneuerungen im Donjon

Bericht des Gemeinderates Nr. 07/2014

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini hält fest, dass das Geschäft mit einer ausführlichen Stadtratsbotschaft transparent vorgestellt wurde. Zudem ist der Rat Ende Mai 2014 zu einer Besichtigung vor Ort eingeladen worden. Die SAKO BiSK hat sich intensiv mit dem Projekt auseinandergesetzt. Das Schloss ist ein bemerkenswertes Bijou. Ihr Dank gilt allen, die sich eingesetzt haben, das Projekt voran zu treiben. Sie erinnert an den privaten Investor, dessen Investitionen für Thun einen grossen Mehrwert bedeuten. Gemeinderätin Haller Vannini erhofft sich eine überzeugte Zustimmung des Stadtrates.

Carlo Schlatter, **SAKO BiSK**, informiert, dass der Investitionsbeitrag von 200'000 Franken in der SAKO BiSK unbestritten ist und einstimmig zur Genehmigung vorgeschlagen wird. Der Nachkredit von 80'000 Franken für die Jahre 2015 und 2016 führte hingegen zu Diskussionen und wird mit 4 : 0 bei drei Enthaltungen zur Genehmigung vorgeschlagen. Die SAKO stellt fest, dass trotz erheblichen Mehraufwänden nur ein geringer Mehrwert zu erwarten ist.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, erinnert an die Sitzung vom 7. Mai 2013, an welcher der Gemeinderat bereits angetönt hat, der städtische Beitrag werde eventuell nicht ausreichen. Tatsächlich wird nun ein Jahr später wieder ein neuer Antrag vorgelegt. Die Fraktion hinterfragt diesen Beitrag kritisch. Vor einem Jahr betonte die Fraktion, dass in anderen Bereichen Einsparungen gemacht oder mindestens geprüft werden sollten. Diese Überprüfung scheint nicht realisiert worden zu sein. Gegenüber früheren Aussagen benötigt das Schlossmuseum nach dem Umbau und der Neupositionierung nun doch mehr Personal. Das Ausstellungskonzept ist überzeugend und das Schlossmuseum stellt für die Stadt einen Mehrwert dar. Bei weiteren Erhöhungen des Betriebsbeitrages verlangt die SVP-Fraktion kompensatorische Einsparungen in anderen Bereichen.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, erachtet die Investitionen in das Wahrzeichen der Stadt als sinnvoll. Dass sich die Stadt für die Erneuerung der Ausstellung einsetzt, begrüsst die Fraktion. Das Schloss soll ein attraktives Besuchsziel für auswärtige Gäste und für die Thunerinnen und Thuner sein. Die Fraktion dankt allen Beteiligten für ihr Engagement.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, stuft die baulichen Veränderungen als sehr gelungen ein. Der Eindruck, welcher am Rundgang des Stadtrates entstand, ist überzeugend. Auf der anderen Seite stehen die höheren Betriebskosten. Dass der Personalaufwand höher ausfällt, entspricht den Annahmen. Schon in der Diskussion im Mai 2013 hat die Fraktion die transparente Information bezüglich zukünftiger Mehrkosten als erfreulich bezeichnet. Thun kann sich glücklich schätzen, einen privaten Investor für das Schloss-Ensemble gefunden zu haben. Die Fraktion erhofft sich zusätzlichen touristischen Nutzen durch das neue Angebot im Schloss. Dem Antrag des Gemeinderates stimmt die Fraktion einstimmig zu. Von der Museumsleitung erwartet die BDP-Fraktion, dass konkrete Einsparungsmassnahmen erkannt und umgesetzt werden.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, hat die positive Entwicklung des Schlosses stets unterstützt. Auch dem vorliegenden Antrag stimmt die Fraktion in allen Punkten einstimmig zu. Bezüglich Betriebskosten empfiehlt die Fraktion, die nächsten zwei Jahre abzuwarten. Anschliessend können die Betriebskosten gestützt auf die Erfahrungswerte beurteilt werden.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, hebt die deutliche Verbesserung des Empfangsbereichs hervor. Die Neugestaltung der Ausstellung macht einen sehr guten Eindruck. Das Thuner Schloss ist einzigartig. Für die Positionierung und attraktive Gestaltung braucht es finanzielle Mittel. Mit den verfügbaren Geldern können keine grossen Sprünge gemacht werden. Wie die Situation ab 2017 mit dem neuen kantonalen Kulturförderungsgesetz aussehen wird, ist noch unklar. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Er betont die ablehnende Haltung der Gemeinden der RKK Thun, wegen welcher die Businesspläne verworfen werden mussten. Bei den Betriebskosten handelt es sich um eine Übergangsphase. Ab 2017 wird sich zeigen, wie es mit der Finanzierung weitergeht. Private sind gewillt, in das Schloss zu investieren. Diese Chance sollte die Stadt unbedingt nutzen.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini freut sich ausserordentlich über die grosse Anerkennung für die Veränderungen im Schloss und dankt dem Stadtrat für die positive Voten.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 40 Bst. a sowie Art. 68 Abs. 1 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. April 2014 beschliesst:

1. Erhöhung des Stadtbeitrages an die Stiftung Schlossmuseum Thun von bisher CHF 124'200 auf neu CHF 204'200 pro Jahr für die Jahre 2015 und 2016.
2. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 80'000 als neue Ausgabe zum Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe von CHF 124'200 (Stadtratsbeschluss Nr. 71 vom 22. September 2005) für die Jahre 2015 und 2016, für zusätzliche Ausgaben an die Stiftung Schlossmuseum Thun.
3. Die entsprechenden Beträge sind in die jährlichen Voranschläge der Jahre 2015 und 2016 bei der Produktgruppe 3.8 Kulturelles (Fibu-Konto 3810.365.16) aufzunehmen.
4. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 200'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 564/3810.002.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1179.10.01), für einen Investitionsbeitrag an die Stiftung Schlossmuseum Thun für die Ausstellungserneuerung im Donjon (Schloss Thun).
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

34. Postulat P 2/2014 betreffend Nebeneinkünfte des Gemeinderates

SP-Fraktion vom 17. Januar 2014; Beantwortung

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller erklärt, dass der Gemeinderat von diesem Vorstoss direkt und unmittelbar betroffen ist. Der Gemeinderat äussert sich grundsätzlich nicht in eigener Sache, weshalb Stadtschreiber Huwyler Müller das Wort übernimmt. Er erläutert die Antwort des Gemeinderates und betont, dass die geltende Regelung seit 1. Januar 2007 in Kraft ist. Dem Stadtrat steht es jederzeit zu, diese Regelung zu überprüfen.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, versteht, dass sich der Gemeinderat zum Vorstoss nicht weiter äussern will. Die Fraktion ist der Meinung, dass sich seit der Genehmigung des Reglementes im Jahr 2005 viel geändert hat. So sind beispielsweise viele der damaligen Stadtratsmitglieder nicht mehr im Rat. Die Sensibilität bezüglich Honoraren und Entschädigungen ist grösser als vor neun Jahren. Stadträtin Rupp Gyger betont die Wichtigkeit der Transparenz. Dass Mandate von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten übernommen werden, welche aufgrund ihrer Direktion dem Geschäft am nächsten stehen, ist sinnvoll. Der benötigte Zeitaufwand für diese Mandate ist jedoch nicht definiert. Sie verweist auf die Ausführungen zu Artikel 16 der stadträtlichen Spezialkommission auf Seite 2 der Antwort des Gemeinderates. Den Textteil bezüglich der persönlichen Verantwortung der Gemeinderatsmitglieder, ob und wann sie bei sich die vertretbare Grenze als überschritten betrachten und für eine entsprechende Pensenreduktion optieren, erachtet die Fraktion als nicht unproblematisch. Die Fraktion wünscht sich eine Überprüfung des Zeitaufwandes und der finanziellen Entschädigung der Gemeinderatsmandate durch die zuständige SAKO. Ein weiterer Prüfauftrag könnte auch die allfällige Aufnahme einzelner Mandate in die Pflichtenhefte der Gemeinderatsmitglieder darstellen. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sollten nicht auf Mandatenhonorare angewiesen sein, was in Thun angesichts des Lohnes für ein 70 Prozent Arbeitspensum auch nicht der Fall ist. Es ist durchaus positiv, dass die Thuner Gemeinderatsmitglieder im nationa-

len und kantonalen Parlament vertreten sind. In den kommenden Monaten sollten Erfahrungswerte gesammelt und anschliessend geprüft werden, wie gross die positiven Mehrwerte für die Stadt tatsächlich sind. Die SP-Fraktion stellt den Antrag um Annahme des Postulates. Falls der Rat die Annahme ablehnt, erhofft sich die Fraktion eine Überprüfung durch die SAKO P+F.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, lehnt das Postulat mit Nachdruck ab. 2005 hat der Stadtrat die Regelung mit nur einer Gegenstimme genehmigt. Das System hat sich aus Sicht der Fraktion bewährt. Mit der Reduktion der Arbeitspensen auf 70 Prozent sind Mandate der Gemeinderatsmitglieder bewusst gefördert worden. Der Gemeinderat leistet mit insgesamt 380 Stellenprozenten nicht nur gute Arbeit, sondern ist auch effizient und kostenbewusst. Die Fraktion plädiert für eine Vertrauenskultur innerhalb der politischen Gremien der Stadt.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, sympathisiert mit dem Vorstoss. Die Mandate der Gemeinderatsmitglieder sollten innerhalb der Arbeitszeit geregelt werden können. Die Fraktion ist sich der heiklen Thematik bewusst. Vertrauen und Transparenz sind wichtig. Die Überprüfung stellt eine Chance dar, die seit 2007 geltende Regelung auf Angemessenheit zu kontrollieren. In einer Arbeitsgruppe oder in der zuständigen SAKO könnten diverse Fragen geklärt werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, sieht zum heutigen Zeitpunkt keine relevanten Gründe für eine Überprüfung der geltenden Regelung. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, lehnt den Vorstoss ab. Handlungsbedarf für eine Überprüfung respektive für eine Neuregelung ist aus Sicht der Fraktion nicht gegeben.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, will sich zum Vorstoss nicht weiter äussern. Das Postulat kommt einige Jahre zu spät.

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller macht darauf aufmerksam, dass im Postulat nur Artikel 16 Absätze 1 und 2 erwähnt werden. In der Debatte handelte es sich auch um Absatz 3. Die Leistungen an die Gemeinderatsmitglieder stellen ein Gesamtpaket aus Lohn, Pensionskasse, Arbeitspensen und aus Nebeneinkünften dar. Er unterstreicht den geringen Anteil der Nebeneinkünfte. Es gilt zu bedenken, dass, wenn ein Teil des Gesamtpaketes verändert wird, das ganze Gesamtpaket angepasst werden muss und der Vorstoss schlussendlich ein viel grösseres Ausmass annimmt als dies von den Postulanten geplant war.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, denkt, dass eine Umfrage auf der Strasse ein ganz anderes Echo auslösen würde als im Stadtrat. Sie betont, dass Vertrauen viel mit Transparenz zu tun hat. Die Fraktion erachtet das Thema als wichtig. Sollte der Vorstoss abgelehnt werden, erhofft sich die Fraktion anlässlich der Pensenregelung beim Legislaturstart eine Überprüfung durch die SAKO P+F.

Der Rat lehnt das Postulat mit 29 : 8 Stimmen ab.

35. Postulat P 1/2014 betreffend Transparenz und Fairness in der Kulturförderung

Fraktion der Mitte vom 17. Januar 2014; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, bereitet das Kontingenz-Konstrukt Probleme. Er erläutert die stossenden Gründe der aktuellen Kontingentsregelung. Stadtrat Baumann hält fest, dass weder das KKThun noch unterstützte Aktivitäten in der Kritik stehen. Kultur müsse direkt gefördert werden, ohne komplizierte, unfaire und wettbewerbsverzehrende Regelungen. Mit dem Vorstoss hat die Fraktion ihre Vorstellungen über die Verhandlungen für den Anschlussvertrag ab 2016 deutlich mitgeteilt.

Nora Läng, **SP-Fraktion**, unterstützt den Vorstoss. Nach Ansicht der Fraktion sollen mit der Ausarbeitung des neuen Vertrages für die KKThun sämtliche Optionen geprüft werden. Die SP-Fraktion legt Wert darauf, dass die Gelder für die Kulturförderung nicht gekürzt werden.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, interessiert sich, ob mit dem Betreiber des KKThun bereits Verhandlungen aufgenommen worden sind und wie die aktuelle Situation aussieht.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, erwartet beim neuen Vertrag Klarheit, Offenheit und Transparenz. Dem Postulat stimmt die Fraktion zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, unterstützt das Postulat. Ein Systemwechsel ist prüfenswert. Die Fraktion hat die Kontingentsregelung bereits mehrmals als kritisch beurteilt. Unter Umständen werden Veranstaltungen subventioniert, die man grundsätzlich nicht finanzieren wollte. Die Wettbewerbsverzerrung ist politisch bezweckt, um das KKThun als Leuchtschiff der lokalen Kulturszene zu positionieren. In Hinblick auf zukünftige Vertragsverhandlungen erscheint der SVP-Fraktion ein privater Betreiber als die wettbewerbsgerechteste Lösung. Die heute geltende Mischlösung beurteilt die Fraktion als unbefriedigend. Ein Heimfall erscheint ebenfalls nicht sinnvoll. Eine direkte Unterstützung der Vereine ist angezeigt und nicht eine versteckte Erhöhung der Kulturfördergelder.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, teilt die Auffassung der SVP-Fraktion. Auf die Frage, welche Veranstaltungen grundsätzlich unterstützt werden, erhielt die Fraktion keine konkreten Antworten. Es stellt sich die Frage, was alles unter den Kulturbegriff fällt. In einer Analyse könnte allenfalls ermittelt werden, welche Kriterien die Stadt an die Kultur stellt.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini bestätigt die zustimmende Haltung des Gemeinderates zum Vorstoss. Die Stadt befindet sich in Verhandlungen mit dem KKThun. Die Kontingentierung wird einen wesentlichen Diskussionspunkt darstellen. Der Bericht an den Stadtrat über die Vertragserneuerung wird transparent und detailliert ausfallen. Sie betont, dass eine Fachkommission unter Berücksichtigung von Vergabekriterien über die Kulturbeiträge entscheidet. Gemeinderätin Haller Vannini macht auf die bereits zum heutigen Zeitpunkt getätigten Buchungen im KKThun für die kommenden Jahre aufmerksam, welche den Veranstaltern garantiert wurden.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

36. Interpellation I 1/2014 betreffend vertraulicher Vertrag zwischen der Stadt Thun und dem alternativen Jugendzentrum an der Seestrasse NKK Thun

SVP-Fraktion vom 17. Januar 2014; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden und wünscht eine Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Stadtrat Lanzrein findet es positiv, dass der Gemeinderat in seiner Antwort zugibt, dass den Stadtratsmitgliedern hätte Einsicht in den Vertrag gewährt werden können. Wäre der Vertrag von Anfang an öffentlich, d.h. der (interessierten) Thuner Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, hätte sich dieser Vorstoss erübrigt. Der Gemeinderat hat sich nie mit der Frage der Einsichtnahme befasst, was von der SVP-Fraktion auch nie behauptet worden ist. Der SVP-Fraktion ist es wichtig zu betonen, dass im Vorstoss geschrieben wurde, dass sich das zuständige Amt mit dieser Frage beschäftigt hat. Bei der Antwort auf die zweite Frage ist es erfreulich, dass es keine negativen Zwischenfälle gab. Zur dritten Frage hält Stadtrat Lanzrein fest, dass die Frage nach den Umbaukosten im Beirat nicht zufriedenstellend beantwortet wurde. Die SVP-Fraktion hatte also sowohl die Frage der Kosten wie auch der Veröffentlichung des Leihvertrages bereits vorgängig in der betreffenden SAKO bzw. im Beirat thematisiert, bevor dieser Vorstoss eingereicht werden musste. Lukas Lanzrein kritisiert das Demokratieverhältnis der verantwortlichen Jugendlichen, welche den Vorstoss der SVP-Fraktion als Schikane bezeichnet hätten. Er hält fest, dass wer öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen will, sich auch von Zeit zu Zeit der politischen Diskussion stellen müsse. Andernfalls ist eine private Finanzierung angezeigt.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, kann den Vorstoss nicht nachvollziehen. Sie erinnert an die lange Debatte im Juni 2013 in Goldiwil. Dass ein Budget von 100'000 Franken gesprochen wurde, sollten mitt-

lerweile alle wissen. Bei anderen laufenden Projekten wird nicht dauernd nach dem aktuellen Stand gefragt. Sie macht auf die zeitliche Befristung des Projektes aufmerksam. Etwas mehr Vertrauen in die jungen Menschen ist angesagt. Sie betont das gute Kulturangebot des Kulturzentrums AKuT, welches die Stadt ohne einen zusätzlichen Steuerfranken erhält, und dankt den Initianten für den grossen Einsatz.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, bemängelt, dass die Interpellantin die Leistungen des AKuT nicht würdigt. Er macht auf den bisher unproblematischen Verlauf aufmerksam. Der Architekt, welcher den Umbau begleitet hat, ist der Ansicht, dass das Gebäude seit Jahren hätte saniert werden müssen. 80 Prozent der Investitionen wären unabhängig von der Nutzung nötig gewesen. Er hebt die Bedeutung der umfangreichen Eigenleistungen der jungen Menschen hervor. Indem sie geholfen haben, den Umbau kostengünstig zu gestalten, haben sie ihr Versprechen eingehalten. So kostete beispielsweise die Küche nur 40 Franken anstelle der üblichen 10'000 bis 15'000 Franken. Über die vierte Frage des Vorstosses nach den Kriterien wundert sich die SP-Fraktion, da diese Kriterien im Beirat erarbeitet worden sind, in dem auch die Interpellantin vertreten ist. Die Besucherzahlen im AKuT sind steigend. Dank dem hohen Engagement der jungen Menschen hat die Stadt ein sehr gutes Kulturangebot hinzu gewonnen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist über die vom Gemeinderat festgehaltenen positiven Entwicklungen erfreut. Die Intransparenz bezüglich des Vertrags kann die Fraktion nicht nachvollziehen. Nach Ansicht der Fraktion besteht in verschiedener Hinsicht Aufklärungsbedarf. Der Stadtrat erwartet mehr Informationen, auch von Seiten des Beirates. Sie wirft die Frage auf, wieso der Beirat bei wichtigen Besprechungen zwischen den Jungen, der Stadt und der Polizei nicht anwesend ist. Die Fraktion hat die Funktion des Beirates anders verstanden. Die FDP-Fraktion erwartet regelmässige Zwischenberichte und Einsitz des Beirates bei wichtigen Besprechungen. Allenfalls könnten die jungen Menschen den Stadtrat auch mit einem Newsletter über die neusten Entwicklungen in Kenntnis setzen. Die Jugendlichen sollten mit einbezogen werden, wenn dereinst konkrete Pläne für den Entwicklungsschwerpunkt des Areals Rosenau anstehen. Es soll nicht noch einmal passieren, dass ein Jugend-Brennpunkt – auch wenn er nun kleiner ist – wie damals die Selve, geschlossen werden muss ohne vorher proaktiv eine neue gute Alternative zu suchen und auch zu finden. Persönlich weist Stadträtin Buchs auf die Absage des Thunfestes hin, wegen welcher Thun als die Stadt der Alten betitelt wird. Mit der Unterstützung des AKuT zeigt der Stadtrat, dass dies nicht so ist.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, erinnert an die für ein Jahr bewilligte Testphase. Das Projekt funktioniert und das Bedürfnis nach diesem Kulturangebot ist sichtlich vorhanden. Die jungen Menschen haben viel Eigenleistungen erbracht und Verantwortung übernommen. Selbstverständlich sollen Fraktionen kritische Fragen stellen dürfen. Die Grundhaltung der Interpellantin lässt jedoch darauf schliessen, dass sie mit dem AKuT generell Mühe bekundet. Dass die Jugendlichen den Vorstoss als Misstrauen oder als Schikane bezeichnen, kann die Fraktion nachvollziehen. Die Auswertung sollte erst nach der Testphase stattfinden. Die restlichen Monate dieses Pilotbetriebes werden hoffentlich vorstossfrei verlaufen können.

37. Postulat P 3/2014 betreffend Einführung einer erweiterten Gewerbeparkkarte (Handwerkerparkkarte)

Michael Dähler (SVP) und Mitunterzeichnende vom 17. Januar 2014, Beantwortung

Gemeinderat Peter Siegenthaler macht darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat das Postulat nicht abschreiben möchte.

Michael Dähler (SVP) ist mit der Antwort des Gemeinderates teilweise zufrieden. Infolge der engen Platzverhältnisse können nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden. Er betont die besonders schlechte Parksituation für die Handwerker in der Innenstadt. Für Unternehmer oder Handwerker, die sich öfters in der Innenstadt aufhalten, führt die aktuelle Situation zu Mehraufwand. Die Gewerbeparkkarte ist hauptsächlich für Handwerker geeignet, die eher selten in der Innenstadt parkieren müssen. Aus Sicht von Stadtrat Dähler sind die vom Gemeinderat genannten Unterschiede zwischen der Handwerkerparkkarte der Stadt Bern und der Gewerbeparkkarte der Stadt Thun nicht marginal. Besonders der Faktor Zeit ist wesentlich. Der Vorstoss hat positive Reaktionen von betroffenen Handwerkern und Unternehmungen ausgelöst. Stadtrat Dähler hat auch mit Personen von der IGT gesprochen. Diese haben den Vorstoss

zwar als nicht völlig unkritisch aufgenommen, sind auf der anderen Seite jedoch interessiert, dass beispielsweise ihre Maschinen möglichst rasch repariert werden können. Diverse Argumente sprechen für die Annahme und Nichtabschreibung des Postulates. Unter anderem kann die Arbeitssituation der betroffenen Handwerker wesentlich verbessert werden.

Namens der **SVP-Fraktion** dankt Stadtrat Dähler für die Stellungnahme des Gemeinderates. Die KMU-nahen Fraktionsmitglieder kennen die Problematik. Die Situation im Unterbälliz ist verbesserungswürdig. Oft gibt es während der bewilligten Zeit keine freien Parkplätze. Die Fraktion stimmt der Annahme und der Nichtabschreibung des Postulates einstimmig zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist nicht überzeugt, dass der Gemeinderat die Probleme der Handwerker tatsächlich erkannt hat. Die Verbesserung der Situation ist dringend nötig. Es muss gelingen, die Parksituation in Thun handwerker- und gewerbefreundlicher zu gestalten. Die Arbeit der Handwerker wird wegen der Parksituation verteuert. Mehrfach wird auf die Ungleichbehandlung zwischen Anwohner und Handwerker hingewiesen. Die Handwerker müssen jedoch in der Innenstadt parkieren um Kundenwünsche der Anwohner zu erfüllen. Im Unterbälliz gibt es kaum verfügbare Parkplätze während der bewilligten Zeit. Auch die Baustellenlösung ist nur eine kurzfristige Massnahme. In der Not nehmen die Handwerker Parkbussen in Kauf. Eine Erleichterung wäre auch ein online-Bezug der Tickets. Die FDP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulates und dessen Nichtabschreibung.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, kann die Gründe für das Postulat nachvollziehen. Es bestehen diverse Bedürfnisse für den beschränkten Raum. Es gilt zusammen nach tragbaren Lösungen zu suchen und die verschiedenen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen. Den Handwerkern mehr Rechte zu gewähren als den Anwohnern, erscheint problematisch. Die Fraktion sieht viele Verbesserungschancen hinsichtlich der Parkplätze, insbesondere auch mit dem neuen Schlossbergparking. Sie macht auf die Projektgruppe innerhalb der Spezialkommission Verkehr aufmerksam, welche das Gewerbe vertritt. Eine online-Lösung für die Gewerbeparkkarte sollte möglich sein. Die Fraktion stimmt der Überweisung und der Nichtabschreibung des Postulates zu.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, kann die Befürchtung, dass zu viele Handwerkerparkbewilligungen erteilt werden könnten, nachvollziehen. Aus Sicht der Fraktion erscheint eine einseitig gelagerte Lösung nicht sinnvoll. Die spezielle Anordnung der Innenstadt ist bei der Lösungsfindung zu berücksichtigen. Auch nach der Eröffnung des Schlossbergparkings muss eine für das Gewerbe tragbare Lösung gefunden werden, weil die weiss markierten Parkfelder nicht mehr vorhanden sein werden. Wesentlich ist, dass die Interessen des Gewerbes und des Detailhandels nicht deckungsgleich sind. Die Umnutzung von bestehenden Kundenparkplätzen kommt aus Sicht des Detailhandels nicht in Frage. Für das Gewerbe wären Parkplätze im Unterbälliz eine grosse Erleichterung. Die Gesamthematik der Parksituation in der Innenstadt ist komplex. Die Fraktion will das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, kann die Problematik nachvollziehen und erhofft sich eine pragmatische, für alle Interessengruppen erträgliche Lösung. Es sollten zeitgemässe Ansätze für den Bezug der Parkkarte möglich sein. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulates und dessen Nichtabschreibung.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, sieht in den Aussagen des Gemeinderates keine konstruktive Antwort. Die Fraktion will das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass es Handwerker gibt, die zwingend auf ihr Fahrzeug, welches gleichzeitig als Werkstatt dient, angewiesen sind. Der Gemeinderat ist gewillt, dieses Problem anzugehen und Lösungen zu suchen.

Michael Dähler (SVP) unterstreicht die Ausführungen der Stadt Bern bezüglich Missbrauchs bei der Handwerkerparkkarte.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

38. Interpellation I 20/2013 betreffend Entzug der demokratischen Kontrolle durch Neugestaltung der Stiftung WIA (Wohnen im Alter)

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 13. Dezember 2013; Beantwortung

Alice Kropf Khan (SP) ist mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Stadträtin Alice Kropf Khan verdeutlicht am Beispiel der Stiftung WIA die Gefahren von privat finanzierten Pflegeleistungen. Um gute Pflegeleistungen erbringen zu können, ist ein guter Gesamtarbeitsvertrag notwendig. Über die Antwort des Gemeinderates ist die Interpellantin sehr erfreut.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, findet den Entscheid des Gemeinderates, am Wahl- und Stimmrecht festzuhalten, erfreulich.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, hat den Eindruck, dass es der Interpellantin eher um einen guten Gesamtarbeitsvertrag geht. Die demokratische Kontrolle bringt nicht viel Nutzen, da die Stadt weder das Wissen noch die Kompetenz hat, die Stiftung WIA zu prüfen.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, unterstützt die unmissverständliche Festhaltung am Wahlrecht der Stadt als Stifterin und dankt dem Gemeinderat für diesen Entscheid.

39. Interpellation I 2/2014 betreffend Zertifizierung der Stadt Thun als Gesundheitsstadt

Piero Catani (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. Januar 2014; Beantwortung

Piero Catani (SP) dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Interpellanten erklären sich von der Antwort befriedigt und wünschen keine Diskussion.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest das Demissionsschreiben von Christian Josi (SVP) vor, welcher auf den 30. Juni 2014 aus dem Rat zurücktreten wird.

Da die Sitzung vom 26. Juni 2014 mangels Traktanden ausfällt, verabschiedet **die Stadtratspräsidentin** Stadtrat Christian Josi an der heutigen Sitzung. Sie dankt ihm für seine im Rat geleistete Arbeit und wünscht ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Eingänge

- Postulat betreffend Förderung von Mehrgenerationenprojekten in der Stadt Thun; BDP-Fraktion vom 5. Juni 2014
- Interpellation betreffend FC Thun; Christine Buchs (FDP) vom 5. Juni 2014

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser

Remo Berlinger